



EUROPEAN ACADEMY  
OF SCIENCES AND ARTS



**ALMA MATER EUROPAEA**  
of the European Academy of Sciences and Arts

## **Manifest für Europa im 21. Jahrhundert**

- 1) Europa ist der Ort der Freiheit und des Friedens. Es ist Hort der Zukunft und der Kultur für unsere Nachkommen.
- 2) Freiheit und Mobilität dienen der Entfaltung der Menschen in Toleranz. Respekt für öffentlich gelebte Religion ist Voraussetzung für die Kohärenz einer multidimensionalen Gesellschaft.
- 3) Mitsprache und Transparenz der Bürger beim politischen Entscheidungsprozess machen Europa lebendig.
- 4) Überwindung der nationalen Grenzen ist zum greifbaren Erfolg Europas geworden.
- 5) Potenz und Kohäsion der Familie sind unabdingbar als Kern der Gesellschaft.
- 6) Die Weiterentwicklung der EU überwindet den latenten Nationalismus.
- 7) Die Stärkung des Europäischen Parlaments führt zu einem Sprachrohr der Bürger, in dem sie sich wieder finden.
- 8) Eine direkt gewählte Regierung mit Gestaltungs- und Durchgriffsrechten wird Europa föderal lenken.
- 9) Unsere Wirtschaft und Wissenschaft sind global wettbewerbsfähig und Grundlage für die Zukunft, ergänzt durch Religion, Ethik und Moral. Bildung, Kunst und Leistungsfreude ergänzen sich zu der Grundlage jeder kulturellen Vielfalt.
- 10) Die europäischen Bürger sind gemeinsam zur Gestaltung unserer europäischen Zukunft in der Überwindung der Vergangenheit verstärkt zu motivieren.

Salzburg, Februar 2012

Ján Bakoš, Michael Beintker, Wilfried Bergmann, France Bernik, Thomas Brandt, Peter Buckel, Jozef Bulla, Erhard Busek, Vladimir Buzek, Maurizio Luigi Cumo, Robert von Dassanowsky, Julio De Nadal, Momir Djurovic, Jörg A. Draeger, Olga Erdelská, Georg Färber, Emmanuel G. Fragoulis, Emmanuel E. Gdoutos, Ferenc Glatz, Klaus Habetha, Birgit Harreß, Erich Hödl, Peter Hommelhoff, Talavs Jundzis, John Katsikadelis, Paul Kirchhof, József Kriston Vízi, Reiner Kümmel, Ulrich Kunze, Lubica Lacinova, Walter G. Land, Ioannis Liritzis, Štefan Luby, Martina Lubyova, Constantin Octavian Luca, Armando Luches, Ladislav Macho, Eva Majkova, Aiman A. Mazyek, Hans Joachim Meyer, Konrad Meßmer, Stefan Mihina, Gerhard Mockenhaupt, + Heinrich Mussinghoff, Gabriela Nosalova, Peter Oberender, Stanislaw Olszewski, Fritz Paschke, Horst Pietschmann, Jan Plesník, Peter Polterauer, Reinhard Putz, Dušan Radonjic, Sotirios Raptis, Helmut Reinalter, Herbert W. Roesky, Krešimir Sajko, Georg Salem, Peter Samuely, Joseph Straus, Jochen Tröger, Igor Tunyi, Felix Unger, Sylvester Vizi, Franz Vranitzky, Manfred Wagner, Hans Waldenfels, Egon Wetzels, Peter A. Wilderer, Karlheinz Wurster, Arthur George Weidenfeld, Werner Weidenfeld.

## Kommentar zum Manifest

Die Europäische Integration hat den Kontinent ‚Europa‘ grundlegend verändert. Erstmals in der Geschichte ist Gesamteuropa friedlich vereint. Die 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben umfangreiche Entscheidungskompetenzen von der nationalen auf die europäische Ebene verlagert und nehmen diese nun gemeinsam wahr. Ihre Bürger leben in einem Europa, in dem nationalstaatliche Grenzen überwunden sind. Der Europäische Binnenmarkt schafft Absatzmöglichkeiten und damit Arbeitsplätze - auch über die EU selbst hinaus. Weltweit gilt die Europäische Union als Vorbild für die gelungene Transformation von Konflikt, Misstrauen und Krieg hin zu Frieden, Vertrauen und Einheit.

Gleichwohl prägen Krisenszenarien das derzeitige Bild der Europäischen Union. Die Begriffe ‚Euro-Krise‘, ‚Europa-Krise‘ und ‚Europäische Währungs Krise‘ begegnen einem tagtäglich in den Schlagzeilen. Allgemeine Ratlosigkeit scheint zu herrschen, über die Lösung der aktuellen Krise, die grundsätzliche Zukunft des Euro und der Europäischen Union. Das wirtschaftliche Krisenszenario ist jedoch nicht die einzige Herausforderung, die Europa aktuell zu bewältigen hat. Vielmehr werden dadurch drei andere grundlegende Krisen erneut akut, die man durch den Vertrag von Lissabon überwunden geglaubt hatte:

Zum einen ist hier die fundamentale *Legitimationskrise* der europäischen Politik gegenüber ihren Bürgern zu nennen. In den Entscheidungsstrukturen der EU finden sich nach wie vor zu wenige direktdemokratische oder repräsentative Elemente. Auch die Möglichkeit einer Europäischen Bürgerinitiative hat hier keine nachhaltige Abhilfe geschaffen. Zudem ist die Erhöhung der Transparenz europäischer Verfahren nicht so gelungen, wie man vom Vertrag von Lissabon erhofft hatte. Der Rat tagt zumeist unter Ausschluss der Öffentlichkeit und die Entscheidungsfindung ist für den Bürger nicht nachvollziehbar. Hinzu kommt die weitere Technokratisierung des politischen Entscheidungsprozesses, der von hektischem Krisenmanagement getrieben wird. Die mangelnden Beteiligungsmöglichkeiten und die Probleme bei der Transparenz kommen aufgrund der Defizite europäischer Politik mehr denn je zum Tragen und werfen wieder einmal die Frage nach der Legitimation europäischer Politik auf.

Dies wird grundiert von einer Entwicklung, die als *Orientierungskrise* zu bezeichnen ist. Die Nationalstaaten betreiben rein situatives Krisenmanagement und sind nicht in der Lage auch nur eine mittelfristige Strategie zu entwickeln, welche Orientierung bietet, wie es mit der Europäischen Integration weiter gehen soll. Innerhalb der Eurozone wehren sich die wirtschaftlich starken Staaten gegen die Einrichtung dauerhafter Transfermechanismen, während die Nehmerländer eine Hierarchisierung der Beziehungen fürchten, die ihre politischen Entscheidungsmöglichkeiten dauerhaft einschränken könnte. Einige der Mitgliedsstaaten wiederum, die den Euro nicht eingeführt haben, fürchten eine Zwei-Klassen EU mit der Eurogruppe im Zentrum und allen anderen an der politischen Peripherie. Das reaktive Krisenmanagement schürt damit einerseits Misstrauen innerhalb Europas und hat andererseits langfristige Konsequenzen, die in ihrem Umfang noch gar nicht zu überblicken sind.

Die dritte Krisen-Dimension betrifft die *institutionelle Ebene* der EU. Der Vertrag von Lissabon hatte umfangreiche Reformen mit sich gebracht, die insbesondere die stärkere Einbeziehung des Europäischen Parlamentes vorsehen. Das Parlament wurde in den meisten Politikfeldern zum Mitentscheider gemacht. Aktuell zeichnet sich jedoch ab, dass das Parlament sowie auch die Kommission in wichtigen Politikbereichen, wie der Finanz- und Wirtschaftspolitik, keine Schlüsselposition

einnehmen. Die Staats- und Regierungschefs treffen ihre Entscheidungen auf intergouvernementaler Ebene und umgehen die Reformen des Lissabon-Vertrags durch außervertragliche Regelungen in zentralen Politikfeldern. Damit wird die bereits latent bestehende Vertrauenskrise verstärkt. Ebenso wird die Legitimationskrise forciert, da das Europäische Parlament als einzig gewähltes europäisches Organ umgangen wird.

Europas Krise lässt sich also nicht kleinreden. Die Geschichte der Europäischen Integration hat jedoch auch gezeigt, dass Europa bisher aus jeder Krise gestärkt hervorgegangen ist. Hierfür bedarf es jedoch strategischer Reflexion, von der derzeit leider nichts zu sehen ist. Es ist die vornehme und dringliche Aufgabe der Wissenschaftler und Intellektuellen, hier einen Beitrag zu leisten. Sie müssen den Finger in die Wunde legen und die grundlegenden Fragen, die angesichts der akuten wirtschaftlichen Krise aus dem Blick geraten sind, auf die Tagesordnung bringen. Sie müssen ausgetretene Pfade verlassen, scheinbar gesetzmäßige Praktiken hinterfragen und damit das notwendige intellektuelle Korrektiv zum Status Quo bieten. Als unabhängige und kritische Denker müssen sie die strategisch-normativen Fragen in den Blick nehmen und den Fokus auf politische, soziale und kulturelle Aspekte richten, die im Sog der wirtschaftlichen Krise schlichtweg übersehen werden. Zuletzt war der europäische Integrationsprozess im Rahmen der Debatte um die europäische Verfassung und deren Scheitern vom Input der Wissenschaft begleitet. Die schmalen Ergebnisse, die nach der damals ausgerufenen ‚Reflexionsphase‘ erzielt wurden, ließen die Intellektuellen jedoch vermeintlich ermüden, obwohl die Ergebnisse auch gezeigt haben, dass die Frage nach der Ausrichtung der EU noch nicht abschließend beantwortet ist.

Bisher wird versucht, auf die Legitimationskrise vor allem durch Kommunikationsmaßnahmen zu reagieren, die sich an PR-Strategien orientieren. Das Krisenmanagement zielte darauf ab, einen weiteren Verlust an Legitimation zu verhindern. Transparenz und Beteiligung als Legitimationsgrundlagen werden jedoch kaum in den Blick genommen – im Gegenteil: sie scheinen eher als hinderlich angesehen zu werden. Der Wissenschaft kommt hier eine kommunikativ-mediale Aufgabe zu, die Debatten auf europäischer Ebene kritisch aber fair zu begleiten, europäische Politik zu vermitteln und zu hinterfragen und damit den Diskurs zwischen Gesellschaft und Politik in Gang zu bringen und zu moderieren. Europa hat nur als demokratisches Gemeinwesen eine Zukunft. Dazu bedarf es auch einer intellektuell vitalen europäischen Debattenkultur.

Gleichzeitig gilt jedoch, dass europäische Politik immer durch eine gewisse Komplexität gekennzeichnet sein wird. Europäische Themen müssen daher nachhaltiger in den Bildungs- und Wissenschaftsstrukturen verankert werden, um die europapolitischen Kompetenzen zu stärken und damit einen indirekten Beitrag zu Verbesserung von Transparenz zu leisten.

Um die Orientierungskrise zu überwinden und die Herausforderungen der Zeit in eine Stärkung Europas zu transformieren, bedarf es strategischen Denkens und Handelns. Die Wissenschaften sind aufgerufen, das hier vorherrschende wirtschaftlich fokussierte Krisenmanagement politisch zu hinterfragen. Es geht um eine Problemdefinition, die auch die grundlegenden politischen Herausforderungen, vor denen Europa steht, wieder in den Blick nimmt. Nur auf dieser Basis ist es möglich, eine nachhaltige Lösungsstrategie inklusive einer Vorausschau der Konsequenzen zu entwickeln, an der sich Europa langfristig orientieren kann.

Auch die Institutionenkrise kann durch kritisches Hinterfragen und eine ehrliche Selbstreflexion überwunden werden. Europa braucht mehr denn je konstruktiv kooperierende Institutionen.

Europa ist ein Ort der Freiheit und des Friedens und darf nicht nur auf Bankenkrise, Staatsschulden und Bail-outs reduziert werden. Was Europa jedoch fehlt, ist eine vertrauensschaffende Strategie, eine Vision an der sich europäische Politik orientieren kann und welche die politisch normative Dimension mit einbezieht. Es fehlen Antworten auf die Frage wo Europa hin will und wie der Weg dorthin beschritten werden kann. Es fehlt eine europäische Debatte, die Antworten auf diese Fragen sucht und damit die Voraussetzungen schafft, dass auch diese Krise zu einer Chance wird, die Europa stärker als zuvor macht. Der Wissenschaft kommt eine besondere Rolle zu, diese Defizite anzusprechen und dazu beizutragen, sie zu beseitigen.